

NACHRICHTEN

Irak-Chefinspekteur: Versöhnliche Töne

NEW YORK: Der Leiter der neuen UNO-Irak-Inspektionsgruppe, Hans Blix, hat gegenüber Bagdad versöhnliche Töne angeschlagen. Die Wiederaufnahme der Suche nach nuklearen sowie biologischen und chemischen Waffen im Irak solle schrittweise und nicht auf einen Schlag vor sich gehen. Dies empfiehlt Blix im Entwurf seines Arbeitsprogramms, der am Freitag in New York bekannt wurde. Das Programm, das den Mitgliedern des Sicherheitsrates zur Bestätigung vorgelegt wurde, berücksichtige das tiefe Misstrauen der irakischen Führung, hiess es in diplomatischen Kreisen. Als eine unter mehreren versöhnlichen Gesten wurde gewertet, dass alle Mitglieder der neuen Kontrollgruppe UNMOVIC an Schulungen teilnehmen sollen, in denen sie unter anderem die wichtigsten Regeln des Islams kennen lernen.

Regierungschefmörder festgenommen

SOFIA: Ein Ukrainer ist am Freitag im Zusammenhang mit dem Mord an dem postkommunistischen bulgarischen Ex-Regierungschefs Andrej Lukanow festgenommen worden. Das teilte die Pressestelle des Innenministeriums in Sofia mit. Der ukrainische Staatsbürger ist den Angaben zufolge bei einer Polizeiaktion in der bulgarischen Hafenstadt Burgas am Schwarzen Meer gefasst worden. Lukanow war am Morgen des 2. Oktober 1996 vor seinem Wohnhaus in Sofia erschossen worden. Damals war er Parlamentsabgeordneter der regierenden Sozialistischen Partei (Ex-KP).

Baskisches Parlament fordert ETA-Auflösung

VITORIA: Ohne die Stimmen der regierenden Nationalisten hat das Regionalparlament des Baskenlandes am Freitag die Untergrundorganisation ETA zur Selbstauflösung aufgefordert. Der Versuch, Ideen oder politische Projekte mit Gewalt durchzusetzen, entbehre jeder Legitimität, heisst es in der von der Opposition verabschiedeten Resolution. Darin wird die Regierung in Vitoria zugleich aufgerufen, sich stärker für die Freiheit und Sicherheit der Bürger in der nordspanischen Region einzusetzen. Die Baskisch-Nationalistische Partei (PNV), die mit Minderheit regiert, enthielt sich der Stimme. Die Partei unterstütze zwar den Ruf nach Auflösung der ETA. Die Kritik an der Regierungsarbeit könne sie aber nicht akzeptieren, erklärte ein Sprecher.

Vater Gonzalez bekommt Sohn Elian

WASHINGTON: Im Sorgerechtsstreit um den kubanischen Flüchtlingsjungen Elian hat US-Justizministerin Janet Reno dem Vater Juan Miguel Gonzalez zugesichert, dass er seinen Sohn Elian rasch wiederbekommt. Das wurde nach einem Treffen zwischen den beiden am Freitag in Washington mitgeteilt. Der Anwalt des am Donnerstag aus Kuba angereisten Vaters, Gregory Craig, sprach von einer «sehr erfolgreichen» Begegnung. Wie bekannt wurde, bereitet das Justizministerium nun einen Brief an Elians Verwandte in Miami (Florida) vor, die den Sechsjährigen seit Ende November betreuen. In dem Schreiben werden die Angehörigen darüber informiert, dass sie Elian in Kürze aus ihrer Obhut in die seines Vaters übergeben müssen. Dies könne etwa Mitte Woche erfolgen, hiess es in US-Medienberichten.

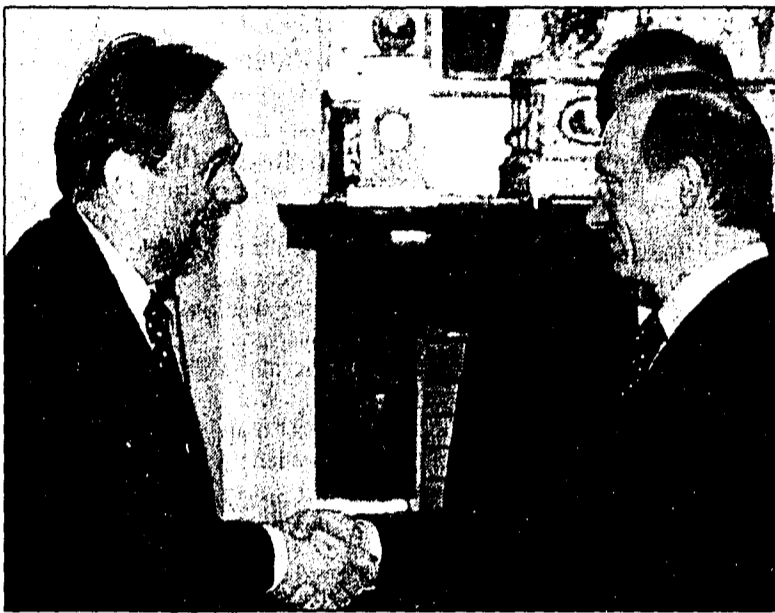
Rückführung von Flüchtlingen ausgesetzt

GENÈVE: Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) hat die Rückführung afghanischer Flüchtlinge nach Kandahar suspendiert, wie ein Sprecher am Freitag in Genf bekannt gab. Das UNO-Flüchtlingshilfswerk sah sich nach dem Angriff auf deren Büros in Kandahar am Montag gezwungen, sein Personal abzuziehen. Taliban-Soldaten hatten die Räumlichkeiten der UNO-Agentur geplündert und beschädigt. Die Soldaten bestätigten, dass sie den Oppositionsführer Ismail Kahn suchten, der am letzten Wochenende aus einem Gefängnis in Kandahar geflüchtet war. Die Rückführung der Flüchtlinge würde erst wieder aufgenommen, wenn das UNO-Personal nach Kandahar zurückkehren könne, hiess es am Freitag. Das UNHCR hat mit dem Iran, Pakistan und Afghanistan ein Abkommen für die freiwillige Rückkehr von mindestens 200 000 afghanischen Flüchtlingen angekündigt.

Russland setzt Tschetschenien-Krieg fort

Solana fordert Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen

MOSKAU: Russland will den Krieg in Tschetschenien trotz des drohenden Ausschlusses aus dem Europarat fortführen. «Die Antiterror-Operation in Tschetschenien wird fortgesetzt», sagte der für den Feldzug zuständige Kremlsprecher Sergej Jastrschembki am Freitag in Moskau.



Der EU-Beauftragte für Sicherheitspolitik, Javier Solana (links), forderte bei seinem Besuch bei Wladimir Putin (rechts) eine Untersuchung gegen Menschenrechtsverletzungen. (Bild: Keystone)

Jastrschembki gab zudem bekannt, Abgeordneten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates werde bis auf weiteres kein Zugang mehr nach Tschetschenien gewährt. «Bisher konnte die Versammlung eine gewisse Rolle in dem Geschehen in Russland spielen, aber diese Tür ist nun zu.»

Die Versammlung hatte am Donnerstag das Ministerkomitee des Europarates aufgefordert, wegen der Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien den Ausschluss Russlands einzuleiten.

«Geringes Bewusstsein»

Präsident Wladimir Putin schob diesen Beschluss nach Angaben von Interfax auf «ein zu geringes Bewusstsein für die Gefahr der Prozesse, die im Nordkaukasus und in einigen Ländern Asiens ablaufen». Russland verteidige dort die Interessen ganz Europas, sagte er.

Aussenminister Igor Iwanow fügte bei, der Beschluss spiele dem internationalen Terrorismus in die Hände. Trotz der harschen Töne bekräftigte Präsident Wladimir Putin aber auch, sein Land wolle ungeachtet dieser Krise an dem Integrationskurs mit Europa festhalten.

Putin deutete nach Angaben von Itar-Tass ebenfalls an, zwei Europarats-Experten könnten trotzdem wie geplant im Büro des russischen Menschenrechts-Beauftragten für

Tschetschenien, Wladimir Kalamatinow, mitarbeiten. Dies sei auf Regierungsebene und nicht mit den Abgeordneten vereinbart worden.

«Keine Konfrontation»

Der EU-Ratsvorsitzende und portugiesische Aussenminister Jamie Gama sagte nach einem Treffen mit Putin und dem EU-Beauftragten für Sicherheitspolitik, Javier Solana, in Moskau: «Wir wollen keine globale Konfrontation mit Russ-

land.» Die EU strebe eine strategische Partnerschaft mit Russland an, «auch wenn es in einigen Fragen Differenzen gibt.»

Gama sagte weiter, Putin habe für die kommende Woche den Plan einer Friedensregelung für Tschetschenien angekündigt. Kreml-Sprecher Jastrschembki stellte jedoch richtig, es gehe nur um einen Gesetzentwurf über den künftigen politischen Aufbau der Kaukasus-Republik.

Solana forderte seinerseits eine «gläubwürdige Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien». Er konnte zudem nach dem Treffen bekannt geben, Putin habe sein Einverständnis zu einem Besuch von Abgesandten der EU-Troika in der Kaukasusrepublik Tschetschenien erklärt. Die Reise sei vorläufig für den 13. und 14. April geplant.

Auch die Tschetschenien-Mission der OSZE könne in der kommenden Woche ihre Arbeit vor Ort wieder aufnehmen. Unterdessen setzte die russische Luftwaffe die Angriffe gegen vermutete Rebellenstellungen in Tschetschenien fort. Und bei einer Explosion in einem Flüchtlingsheim im Westen Tschetscheniens sind am Freitag zwei bis fünf Menschen getötet und zahlreiche verletzt worden. Spezialisten suchten nach der Ursache der Explosion.

Menschenrechte bedroht

BELGRAD: Das Belgrader Menschenrechtszentrum sieht die Menschenrechte in Jugoslawien zunehmend bedroht. Vojin Dimitrijevic, Direktor des Menschenrechtszentrums, machte dafür vor allem das Belgrader Regime verantwortlich. Das Zentrum veröffentlichte seinen Jahresbericht 1999, in dem Hunderte von Fällen verzeichnet sind.

Anti-Rassismus-Büro in Wien

EU äussert Kritik an Österreich - Keine Spitzenpolitiker bei Eröffnung

WIEN: Unter demonstrativer Abwesenheit aller EU-Spitzenpolitiker hat die EU ein Büro zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Wien eröffnet.

Von den eingeladenen 15 EU-Staatsschefs war nur Österreichs Thomas Klestil zur Zeremonie gekommen.

Ansprachen hielten neben Klestil auch EU-Kommissionspräsident Romano Prodi und die Präsidentin des Europarlaments, Nicole Fontaine.

Die 14 EU-Partner Österreichs haben Wien diplomatisch isoliert, weil die rechtspopulistische Freiheitliche Partei (FPÖ) an der öster-

reichischen Regierung beteiligt ist. Sie werfen der FPÖ vor, mit fremdenfeindlichen und rassistischen Parolen ihre Wahlkämpfe zu bestreiten.

Aus diesem Grund war auch kein Vertreter der gastgebenden österreichischen Regierung zu der Eröffnung eingeladen.

Soziale Marktwirtschaft

PDS setzt auf soziale Marktwirtschaft - Bisky kandidiert nicht mehr

MÜNSTER: Im Kampf für soziale Gerechtigkeit setzt die PDS an ihrem Parteitag in Münster auf das Modell der sozialen Marktwirtschaft des «rheinischen Kapitalismus» West- und Nordeuropas.

Die «in jahrzehntelangen Kämpfen errungene westeuropäische Sozialstaatlichkeit» müsse auf jeden Fall verteidigt werden, hiess es in einer «Politischen Erklärung» des PDS-Parteitages am Freitag.

Fast einstimmig verabschiedeten die knapp 500 Delegierten der «Partei des Demokratischen Sozialismus» zum Auftakt der programmatischen Debatte diesen von Parteichef Lothar Bisky und den Ost-Landesvorsitzenden eingebrachten Initiativantrag.

Der rheinische Kapitalismus dürfe nicht von dem angelsächsischen Kapitalismus mit seiner «rückwärtslosen Konkurrenz und Privatisierung der sozialen Risiken» ersetzt werden.

Die PDS-Reformpolitik setze dabei zuerst auf eine neue Art der Vollbeschäftigung. Das heisse Verkürzung der Arbeitszeit, Ausbau der öffentlich geförderten Beschäftigung und Erschliessung neuer Arbeitsfelder im sozial-ökonomischen Umbau der Gesellschaft. «Wir wollen nicht Fairness gegenüber



Parteitag der deutschen PDS: Lothar Bisky (links) im Gespräch mit Gregor Gysi wird nicht mehr für den Vorsitz kandidieren.

den besser Verdienenden, sondern Solidarität mit den Benachteiligten.» Dabei müssten der Reichtum und damit die Lebenschancen in der Gesellschaft neu verteilt werden.

Zugleich bekennt sich die PDS zu einer neuen Offenheit gegenüber der Gesellschaft. «Die PDS ist Teil der Gesellschaft der Bundesrepublik – und als solcher strebt sie eine bessere, eine demokratisch-sozial-

stische Gesellschaft an.» Zu Beginn des Parteitags erklärte Parteichef Lothar Bisky erwartungsgemäss, er werde nicht erneut für den Vorsitz kandidieren. Bisky ist seit 1993 im Amt. Ohne Änderung des Parteistatus könnte er kein weiteres Mal antreten.

Der PDS müsse ihr Profil als Partei der sozialen Gerechtigkeit schärfen, sagte Bisky vor den Delegierten.

Mori setzt auf Kontinuität

TOKIO: Japans neuer Ministerpräsident Yoshiro Mori hat in seiner Antrittsrede vor dem Abgeordnetenhaus erwartungsgemäss auf Kontinuität gesetzt. Eine Wiederbelebung der Wirtschaft müsse Vorrang vor einer Eindämmung der Staatsverschuldung haben. Mori kündigte damit die Fortsetzung des von seinem Vorgänger Keizo Obuchi eingeschlagenen Kurses an. Steueranreize in Verbindung mit Einnahmeausfällen des Staates durch einen Konjunkturreinbruch haben in Japan zur mit 130 Prozent des Bruttoinlandsproduktes relativ höchsten Staatsverschuldung der Industriestaaten geführt. Aussenpolitisch wolle er unter anderem die Anstrengungen für eine Verbesserung des japanisch-russischen Verhältnisses fortsetzen und dafür Ende des Monats, wie angekündigt, den designierten russischen Präsidenten Wladimir Putin treffen. Besonderes Gewicht komme auch den Beziehungen zu den USA zu. Ein weiterer Schwerpunkt der Aussenpolitik werde der nord-ostasiatische Raum sein. In engem Kontakt mit der Regierung in Washington und Südkorea wolle er sich weiter für eine Normalisierung der Beziehungen mit Nordkorea einsetzen.